



KAPER BRIEF

Piratenzeitung zu Berlin



Politik braucht Dich!

Viele Wählerinnen und Wähler in Berlin verzichten auf ihr Wahlrecht und meinen: Wählen ändert doch sowieso nichts, oder? Das sagten sich fast die Hälfte der Berlinerinnen und der Berliner bei der letzten Wahl zum Abgeordnetenhaus (Wahlbeteiligung nur 58 Prozent) und bei dieser Wahl wird es nicht viel anders sein. Genau diesen Frust empfanden viele von uns auch, als wieder Gesetze verabschiedet wurden, die das Gegenteil von dem erreichten, wofür wir eine Partei eigentlich gewählt hatten. Beispiele gibt es genug: Hartz IV durch SPD und Grüne, Unterstützung von Angriffskriegen durch Grüne, Steuersenkungen nur für die Privilegierten durch CDU und FDP, Gesundheitsreformen, die immer nur den Beitragszahler zur Kasse bitten durch SPD/CDU/FDP/GRÜNE und endlos so weiter.

Wir sind nicht in der Piratenpartei aktiv, weil wir unbedingt Politiker werden wollten, sondern weil wir glauben, dass es auch anders geht. Weil wir wissen, dass neue Ideen und Visionen notwendig sind, um dringende Veränderungen in unserer Gesellschaft anzustoßen. Bei unserer Arbeit mit den Neuen Medien haben wir erlebt, wie man Lösungen für Probleme gemeinsam entwickelt.

Wir fordern echte Transparenz bei Verträgen und wollen eine gläserne Volksvertretung statt einen gläsernen Bürger. Wir wollen damit ein Klima schaffen, in dem nicht nur Politiker, Banker und „Experten“ sagen, wo es lang geht, sondern die Menschen, die es unmittelbar betrifft. Und wir wollen freie Informationsmöglichkeiten, denn niemand kann bessere Politik machen als gut informierte Bürger.

**Es gibt eine Alternative:
Piraten wählen!**

Kaperbrief
Piratenzeitung zu Berlin
ISSN 2191-3056
www.kaperbrief.org



Kleine Experimente

Ein Brief aus dem Jahre 2016 von Marcel-André Casasola Merkle

Es hätte so schön werden können. Oder immerhin ein wenig anders. Es sind die verpassten Chancen, die einem ein Leben lang nachhängen. In der Rückschau wirkt alles so einfach, so klar. Und trotzdem hatte ich es nicht gewagt.

Ich kann mich genau an diesen Sonntag erinnern. An den 18.9.2011. Am Ende fehlten knapp 4000 Stimmen. Auch meine. Mit 4,7% war die Piratenpartei an der 5%-Hürde gescheitert.

Ich war erleichtert damals. Erleichtert, dass meine eine Stimme auch nichts geändert hätte. Am nächsten Morgen sprach ich mit Peter. Es ging ihm ebenso. Und Sibylle, Andrea und Jörg. Das machte mich nachdenklich. Wie viele Peters, Sibylles und Andreas mochte es dort draußen noch gegeben haben? Ich wischte es weg. Hätte, hätte, Pferdewette.

Ins Grübeln kam ich Jahre später. Es war nicht so, dass der neue Senat nur Mist gebaut hatte. Es war eher ein „Weiter so“. Berlin verlor nichts von seiner kreativen Strahlkraft. Dafür stiegen die Mieten, die S-Bahn gammelte weiter vor sich hin und im Winter bekamen wir aus ganz Deutschland ironische Bäcker-CARE-Pakete, um zum Streuen das Salz vom Laugengebäck zu knibbeln. Business as usual eben. Arm aber sexy.

Ärgerlich war eher die Selbstverständlichkeit mit der erst der Freischein für die GEZ, dann der Glücksspielstaatsvertrag und der nächste verkrüppelte Jugendmedienschutz-Staatsvertrag durch den Senat gewinkt wurden.

Was mich aber noch mehr schockierte, war die völlige Ignoranz gegenüber den Fragen der Zukunft, die längst zu den Fragen der Gegenwart geworden waren: Der Wandel hin zur Informationsgesellschaft, Transparenz im politischen Alltag, das Ende der Vollbeschäftigung, die digitale Revolution und neue Formen der Bürgerbeteiligung fanden in der politischen Debatte nicht statt. Ich hatte den unerfahrenen Piraten nicht zugetraut, diese Probleme zu lösen. Dass die anderen Parteien diese Veränderung schlichtweg totschwiegen, war ein unerwarteter, harter Schlag.

Kleine Experimente. Selbst daran mangelte es.

Vielleicht verkläre ich die Chance, die sich uns an jenem Sonntag bot. Was wäre schon geschehen, wenn sieben kleine Piraten im Abgeordnetenhaus Platz genommen hätten? Sieben von 130?

Die Welt wäre nicht aus den Fugen geraten. Und das ist auch gut so. Die Piraten hätten erst lernen müssen, was es heißt, wenn es ernst wird.

Vielleicht ein bisschen wie Günter Wallraff bei seinen McDonalds-Recherchen. Report aus Berlin. Ungeschminkt.

Aber hätte es dann überhaupt einen Unterschied gemacht?

Immerhin: Man hätte sehen können, ob sich Transparenz in unserem Politiksystem überhaupt leben lässt. Ob es geht, integer zu bleiben, den Auftrag des Wählers ernst zu nehmen, für mehr Beteiligung zu sorgen. Vielleicht dann, wenn die Zwänge von machtpolitischen Optionen, Koalitions- und Fraktionsdisziplin wegfallen. Und mit Sicherheit hätte es bei den anderen Parteien Druck erzeugt. Druck von außen wirkt. Aber er muss aus der richtigen Richtung kommen und nicht von der CDU.

„Die Piraten haben uns sieben Sitze gestohlen. Da müssen wir ran“, hätten sie gesagt. Im besten Fall hätte es Diskussionen darüber gegeben was Arbeit im 21. Jahrhundert bedeutet. Ob ein BGE ein Ansatz wäre oder purer Blödsinn. Neue Argumente, Erkenntnisse, Lösungsansätze auf den Tisch. Was Privatsphäre bedeutet

Und nun im September 2011 ...

Die Piratenpartei Berlin tritt erstmals bei den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus und zu den Bezirksversammlungen an. Für neue Parteien ist es bei dem geltenden Wahlrecht sehr schwierig oder fast unmöglich, auf Anhieb in ein Landesparlament gewählt zu werden. Da müssen jede Menge Unterschriften gesammelt, da muss mit wenigen Mitteln ein Wahlkampf organisiert werden und dann droht auch noch eine Hürde von 5 Prozent der notwendigen Wählerstimmen.

Diese Herausforderungen haben die Piraten in Berlin mit hartem Einsatz gemeistert. Sowohl das Programm unserer Partei als auch die Wahlplakate und der Kaperbrief kommen Berlinern gut an. Jedenfalls horchte die Medienwelt auf, als Ende August die Forschungsgruppe Wahlen im ZDF-Politbarometer den Piraten ein Wahlergebnis von 4,5 Prozent vorhersagte. Andere Institute bestätigten diese Prognose. Es fehlt also nur noch ein winziger Schritt, um die Sensation zu schaffen: 5+x Prozent.

Mit etwas Rückenwind von Euch werden wir's schaffen! Am 18. September Piraten wählen und die nächsten 5 Jahre mitreden!

Neueste
Umfrageergebnisse:
Piratenpartei in Berlin
4-5%

(Quellen: ZDF Forschungsgruppe
Wahlen, Emnid, Infratest dimap,
Forsa und Info GmbH)

jenseits von Facebook-Like-Buttons oder ob gläserne Hinterzimmer nicht moderner wirken als jedes halbe Jahr ein Skandalchen über schlecht verhandelte Outsourcingverträge. Mit Sicherheit aber hätte es Rückenwind gegeben für die schlaffen Segel der engagierten Netzpolitiker bei SPD, Grünen und Linken. Diejenigen, die heute eben so oft belächelt werden wie Umweltpolitiker in den Siebzigern.

Überhaupt. Die Siebziger. Was wäre geschehen, hätten meine Eltern so gehandelt wie ich? Wären wir heute so weit, wenn die Grünen die Themen Gleichberechtigung und Umweltschutz damals nicht in die politische Debatte getragen hätten? Wären die anderen Parteien in die Bresche gesprungen? Und wenn ja, vor oder eher so kurz nach dem Abschmelzen der Polkappen?

Ich weiß nicht, was damals passiert wäre. Ich weiß auch nicht, was 2011 passieren hätte können. Ich weiß nur, dass ich es heute anders machen würde. Und heute doch nichts mehr ändern kann.

mehr auf: <http://www.137b.org/>

SEHR VIEL MEHR DEMOKRATIE WAGEN

Die Piraten im Berliner Abgeordnetenhaus werden transparente Politik machen. Die Entscheidungsfindung und der Austausch der Argumente müssen im öffentlichen Diskurs stattfinden, nicht in Hinterzimmern. Dazu gehören neue Beteiligungsverfahren für die Bürger, aber auch grundsätzlich öffentliches Tagen der Abgeordneten. Wir wollen ein elektronisches Petitionswesen und neue Demokratieplattformen im Internet und damit die Volks- und Bürgerbegehren stärken. Die Politik der Zukunft gibt es bei den Piraten schon jetzt und im Wahllokal am 18. September zum Ankreuzen: Fahrscheinloser öffentlicher Nahverkehr, ohne Kameraüberwachung Straßencafés besuchen, sein Wahlrecht unabhängig vom Alter wahrnehmen, ein bundesweites bedingungsloses Grundeinkommen: Dafür werden sich Piraten einsetzen!



Andreas Baum
Kandidat Abgeordnetenhaus
und BVV Mitte

NETZE IN NUTZERHAND

Um einen freien, allgemeinen Zugang zum Internet zu ermöglichen, treiben Piraten den Ausbau von Freifunk-Netzen in Berlin voran. Wir wollen dies weiter durch die Bereitstellung von Infrastruktur und Flächen und die rechtliche Absicherung von offenen WLANs befördern und damit einen nicht-zensierbaren und kostenlosen Internetzugang für alle Berliner schaffen. Ein funktionierender ÖPNV gehört in die Hände von Berlin. Kurzfristig muss dazu die Infrastruktur der S-Bahn, längerfristig der gesamte Betrieb der S-Bahn kommunalisiert werden. Um die Nutzung des Nahverkehrs zu stärken, treten wir für einen fahrscheinlosen, gemeinschaftlich finanzierten Betrieb ein.



Katja Dathe
Kandidatin Mitte WK 1 + BVV,
Landesschatzmeisterin

WARUM HÄNG ICH HIER EIGENTLICH - IHR GEHT JA EH NICHT WÄHLEN

Ist eine Frage, die ich mir im Vorfeld der Wahl tatsächlich gestellt habe. Ja, Politik, Politiker und der Politikbetrieb haben einen schlechten Ruf. Auf der anderen Seite macht mir meine Arbeit bei den Piraten sehr viel Spaß. Zum ersten Mal in meinem Leben bin ich aus der Ohnmacht, nichts verändern zu können, raus und weiß, dass ich an einer wählbaren Alternative mitwirke. Das ist ein unheimlich gutes Gefühl. Und das geht nicht nur mir, sondern auch vielen Mitpiraten so. Natürlich ist der Spruch eine Provokation. Er soll zum Nachdenken anregen, warum sich Menschen wie zum Beispiel ich zur Wahl stellen, warum sich derzeit viele Piraten in Berlin die Mühen des Wahlkampfes antun. Wir sind keine Spaßpartei, aber wir haben Spaß an Politik – das soll rüberkommen.



Christopher Lauer
Kandidat Abgeordnetenhaus,
Pankow WK 8 + BVV

FRAGT MAL EURE KINDER, WARUM SIE **PIRATEN** WÄHLEN

Ja, fragt sie doch einfach mal! Vielleicht werden sie euch antworten, dass sie wie wir an eine Veränderung in der Politik glauben und sich nicht von den anderen Parteien vertreten fühlen. Oder sie antworten euch, dass sie uns wegen der Idee, dass der Staat und nicht der Bürger Rechenschaft ablegen muss, wählen werden. Weil Verbote und ständige Überwachung auch bei euren Kindern nicht funktioniert haben, stehen wir für eine Politik der Aufklärung und Selbstverantwortung. Möglicherweise gefällt es ihnen auch, dass bei den Piraten jeder mitmachen darf, egal ob jung oder alt. Das führt zu Ideen und Lösungen, an die wir heute noch gar nicht denken und nebenbei zu einer völlig anderen, neuen Form der Demokratie. Deshalb wählen eure Kinder Piraten!

Heiko Herberg
Kandidat Abgeordnetenhaus,
Lichtenberg WK 4 + BVV

WIR SIND DIE MIT DEN **FRAGEN** – IHR SEID DIE MIT DEN **ANTWORTEN**

Die Piraten wollen die direkte demokratische Beteiligung leichter und verbindlicher gestalten. Dazu gehört die Einführung eines elektronischen Petitionswesens sowie von Bürgerhaushalten in allen Bezirken. Darüber hinaus wollen wir in Berlin neue Formen der Bürgerbeteiligung mit Hilfe von elektronischen Interaktionsformen entwickeln, die wir als Partei bereits erproben. Mittels einer Online-Demokratieplattform sollen alle Bürger die Möglichkeit haben, gemeinsam die politische Richtung zu diskutieren. Interaktive oder flüssige Demokratie meint einen neuen Weg zwischen direkter und repräsentativer Demokratie, z.B. durch eine freiwillige und begrenzbare Übertragung der eigenen Stimme und das Einbringen und Kommentieren von alternativen Vorschlägen.

Jessica Zinn
Kandidatin Abgeordnetenhaus,
F'hain / Kreuzberg WK 2 + BVV

RELIGION **PRIVATISIEREN** JETZT

Religion ist Privatsache. Zur Religionsfreiheit gehört, dass der Mensch seine Religion frei wählen, verbreiten und ungestört auch öffentlich ausüben kann. Ebenso gehört dazu, seine religiöse Überzeugung für sich behalten zu dürfen oder religiöse Weltanschauungen abzulehnen. Der Staat greift in diese Religionsfreiheit ein, indem er bestimmte religiöse Weltanschauungen bevorzugt behandelt, sie neben dem Kirchensteuereinzug mit allgemeinen Steuergeldern unterstützt und den Bürger zwingt, seine (Nicht-)Religionszugehörigkeit zu offenbaren. Die innige Umarmung durch den Staat schadet auch den betroffenen Kirchen. In einer Zeit, in der 60% der Berliner konfessionslos und nur 30% Christen sind, gehören sämtliche Kirchenstaatsverträge auf den Prüfstand.

Pavel Mayer
Kandidat Abgeordnetenhaus,
Pankow WK 9 + BVV

VERSTEHEN STATT EINTRICHTERN

Die Wissensgesellschaft erfordert eine neue Art des Lernens. Mit Informationen konstruktiv umzugehen, muss Bildung heute leisten. Solche Kompetenzen sind nur in einem freiheitlichen, demokratischen und solidarischen Umfeld zu erlernen. Vielfalt und Wahlfreiheit für den Lernenden und gerechte, gemeinschaftliche Bildung für alle schließen sich nicht aus. Unterschiedliche Interessen und Lerngeschwindigkeiten sollten ermöglicht werden. Um zu einem echten Lern- und Lebensraum zu werden, müssen Bildungseinrichtungen gut ausgestattet sein und auch ganztägig Aktivitäten, Unterstützung und Beratung über den Unterricht hinaus anbieten. Wir möchten Schulen dabei unterstützen, alternative Bildungskonzepte wie demokratische, reformpädagogische, mehrsprachige und internationale Schulformen zu entwickeln.



Susanne Graf
Kandidatin Abgeordnetenhaus,
Marzahn-Hellersdorf WK 5 + BVV

MINDESTLOHN IST EINE BRÜCKENTECHNOLOGIE

Jeder Mensch hat das Recht auf eine sichere Existenz und gesellschaftliche Teilhabe. Die Piratenpartei setzt sich für Lösungen ein, dies bedingungslos zu garantieren und dabei auch wirtschaftliche Freiheit zu ermöglichen. Wir wollen Armut verhindern, nicht Reichtum.

Aus diesen Gründen fordern wir kurzfristig einen bundesweiten gesetzlichen Mindestlohn und setzen uns mittelfristig für ein Grundeinkommen ein, dass allen Bürgern mit ständigem Wohnsitz und unbefristetem Aufenthaltsrecht in Deutschland ohne weitere Bedingungen zur Verfügung gestellt wird. Langfristig soll das Grundeinkommen in gleicher Weise existenzsichernd sein wie der gesetzliche Mindestlohn und ihn schrittweise ablösen.



Alexander Spies
Kandidat Abgeordnetenhaus,
Tempelhof-Schöneberg WK 1

WAHLRECHT FÜR ALLE BERLINER

Berlin braucht ein demokratischeres Wahlrecht. Die Piraten wollen die Prozenzhürden bei den Wahlen zu den Bezirksverordnetenversammlungen abschaffen und bei der Abgeordnetenhauswahl auf 3% senken. Außerdem wollen wir das Wahlrecht für Ausländer auch auf Nicht-EU-Bürger ausweiten und die Altersgrenze im Wahlrecht aufheben. Zur Integration gehört für uns: Residenzpflicht beseitigen und die Grundrechte auf alle Menschen ausweiten, die Verschleppung von Asylverfahren und die Abschiebehaft beenden. Außerdem wollen wir die Bleiberechtsregelung so ändern, dass die deutsche Staatsangehörigkeit leichter erlangt werden kann.



Fabricio do Canto
Kandidat Pankow WK 2

ICH WILL SO LIEBEN WIE ICH BIN

Die Piraten setzen sich für die freie Selbstbestimmung von geschlechtlicher und sexueller Identität ein. Wir fordern die rechtliche Gleichstellung von Ehe und eingetragener Partnerschaft. Diese soll für alle Formen von Lebensgemeinschaften geöffnet werden. Familienpolitik muss alle Formen des Zusammenlebens fördern, die Verantwortung für Kinder, alte Menschen oder Schwächere übernehmen. Um die Lebensqualität in der Stadt zu verbessern, lehnen wir den weiteren Ausbau der A100 in dem Innenstadtbereich ab, wollen eine fahrscheinlose Nutzung des ÖPNV zum Nulltarif einführen und fordern ein Grundeinkommen, übergangsweise zumindest einen Mindestlohn.

Volker Schröder

Kandidat Treptow-Köpenick WK1+BVV

SUCHTPOLITIK STATT DROGENKRIEG

Die Piraten wollen in Berlin neue Lösungen einer pragmatischen Suchtpolitik etablieren. Dazu gehört ein Drugchecking-Programm, um Konsumenten zu schützen und Gesundheitsrisiken zu minimieren. Gleichzeitig soll der Schutz von Jugendlichen verbessert werden. Wir wollen die Echtstoffabgabe für Schwerstabhängige auch in Berlin einführen und das Konzept der „Hilfe durch Drogenkonsumräume“ weiter ausbauen. Die Piraten Berlin streben die Zusammenarbeit mit allen gesellschaftlichen Gruppen an, die sich vorurteilsfrei mit dem Konsum von Genussmitteln und dessen Folgen auseinandersetzen. Gemeinsam werden wir eine Suchtpolitik erarbeiten, die riskanten Drogengebrauch verhindert, echten Jugend- und Verbraucherschutz ermöglicht und überdies die Rechte von Nichtkonsumenten schützt.

Benjamin Meyer

Kandidat Neukölln WK 1

DIESER GEHEIMVERTRAG IST IN DIESER STADT NICHT VERFÜGBAR

Die Geheimverträge zur Teilprivatisierung der Berliner Wasserbetriebe haben vielen Berlinerinnen und Berlinern die Augen geöffnet. Transparenz ist die Pflicht des Landes Berlin. Wir wollen Zugangsbeschränkungen minimieren und Gebühren für Auskünfte abschaffen. Wir wollen, dass jeder Schritt bei Ausschreibungen, Vertragsverhandlungen und Vertragsabschlüssen offen gelegt wird. Sämtliche Dokumente zu Sitzungen von Gremien und Ausschüssen usw. müssen unmittelbar und nachvollziehbar veröffentlicht werden, online und offline. Die Öffentlichkeit soll in Zukunft nur noch in Ausnahmefällen von Sitzungen ausgeschlossen werden. Jeder Abgeordnete soll seine Kontakte zu Lobbyorganisationen, Vereinen und Verbänden offenlegen. Wir werden Transparenz leben.

Steffen Ostehr

Kandidat Marzahn-Hellersdorf
WK 3 und BVV

Dabei sein statt nur dagegen!

Misch dich ein und unterstütze die Piraten im Berliner Wahljahr 2011

Die Redaktion des Kaperbriefs freut sich über jede Hilfe. Die Piratenpartei verfügt nur über wenige Finanzmittel. Aktivitäten wie der Kaperbrief werden daher ausschließlich über Spenden möglich. Wir bitten deshalb um Spenden an die Piratenpartei Berlin:

Konto 1103713200
BLZ 43060967
GLS Gemeinschaftsbank
Als Verwendungszweck bitte angeben:
Spende Kaperbrief
Wichtig: Namen und Anschrift bitte für die Parteienfinanzierung angeben!

Die Redaktion freut sich übrigens nicht nur über E-Mails, sondern auch über physische Post.

Impressum

Kaperbrief – Piratenzeitung zu Berlin
ISSN: 2191-3056

Herausgeber:
Piratenpartei Deutschland, LV Berlin
Pflugstraße 9a, 10115 Berlin
Telefon: 030/60982288-0
Fax: 030/60982288-9

Internet: www.kaperbrief.org
Briefe an die Redaktion:
info@kaperbrief.org

Redaktion: Stefan Gerecke, Dietmar Strauch (V.i.S.d.P.), Kathi Woitas
Bildredaktion: Lisa Vanovitch

Druck: Henke Pressedruck, Berlin

Copyright:
Alle durch die Kaperbrief-Redaktion erstellten Inhalte werden unter der Creative-Commons-Lizenz Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 3.0 veröffentlicht (siehe <http://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/de/>). Jeder darf unter den Bedingungen dieser Lizenz Beiträge vervielfältigen, verbreiten und öffentlich zugänglich machen. Abbildungen und Fotos können unter einer abweichenden Lizenz stehen.
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

MITGLIEDSANTRAG



An die
Piratenpartei Deutschland Berlin
Pflugstr. 9a

10115 Berlin

Fax: +49 (0)30 609 822 889

Hiermit beantrage ich die Mitgliedschaft in der Piratenpartei Deutschland Berlin.

Vorname	Name	Geburtsdatum
Anschrift		PLZ und Ort
Emailadresse		

Mitglied in der Piratenpartei Deutschland Berlin kann jede Person werden, die das 16te Lebensjahr vollendet hat. Bei minderjährigen Antragstellern muss dieser Antrag von den Erziehungsberechtigten unterschrieben werden.

Staatsangehörigkeit

Der Mitgliedsbeitrag beträgt laut Bundessatzung 36,- € jährlich und ist zum 1.1. des Jahres im Voraus fällig. Im Beitrittsjahr wird er anteilig ab dem Beitrittsmonat berechnet und ist sofort fällig. Wenn Du mehr als 36,00 € im Jahr zahlen möchtest, dann trage im Feld Mitgliedsbeitrag den Betrag ein, den Du bereit bist zu zahlen. Du kannst Deinen Mitgliedsbeitrag vor jeder Fälligkeit durch schriftliche Erklärung anpassen. Sollte Dein Einkommen nicht ausreichen um 36,00 € im Jahr zu zahlen, trage einen Betrag im Feld Mitgliedsbeitrag ein, der Deinen finanziellen Möglichkeiten entspricht.

Mitgliedsbeitrag

Bitte bedenke bei der Wahl Deines Mitgliedsbeitrages auch, dass die Piratenpartei Deutschland laut PartG §18 für jeden Euro Mitgliedsbeitrag oder Spende (max. 3300,- €) ca. 1,- € aus der staatlichen Parteienfinanzierung dazu bekommt.

Du kannst 50 % der von Dir gezahlten Mitgliedsbeiträge und Spenden (max. 825,- €) laut EstG §34g von Deiner Einkommensteuer abziehen. Sollte im Laufe eines Jahres mehr zusammen kommen ist Dieser Betrag laut EstG §10b als Sonderausgabe vom zu versteuernden Einkommen abzugsfähig. Am Ende des Jahres wird allen Mitgliedern eine Zuwendungsbescheinigung für das Finanzamt zugesandt.

Mit meiner Unterschrift bestätige ich, dass ich die folgenden Information zur Kenntnis genommen habe:

Die Piratenpartei Deutschland speichert und verarbeitet die personenbezogenen Daten aus diesem Mitgliedsantrag in einem vom Bundesverband betriebenen zentralen Mitgliederverwaltungssystem sowie in dezentralen Systemen einzelner Gliederungen. Die Speicherung und Verarbeitung der Daten dient ausschließlich internen Zwecken der Partei, insbesondere der Kommunikation mit den Mitgliedern, der Abrechnung von Spenden und Mitgliedsbeiträgen, der Rechnungslegung im Sinne des Parteiengesetzes und der Überprüfung von Wahl- und Stimmberechtigungen in Sitzungen der Parteiorgane sowie der Teilnahmeberechtigungen in von der Partei betriebenen IT-Systemen. Eine Weitergabe an Dritte außerhalb der Partei z.B. für Werbezwecke findet nicht statt.

Ort	Datum	Unterschrift des Antragstellers
Ort	Datum	Unterschrift des Erziehungsberechtigten

Als erste Anlaufstation für Neupiraten empfehlen wir das Squad counselor, eine Crew in Deiner Nähe und natürlich das Wiki. Willkommen an Bord, Pirat.

Oder gleich online anmelden: kaperbrief.org/mitgliedsantrag



CC-BY-ND: Dmitry Klmenko

Piratenmärchen Ein kurzes Q&A



Piraten - Wie kommt ihr denn zu *diesem* Namen?

Dem Namen wohnt eine gewisse Selbstironie inne: Wir sind genauso Diebe und Räuber wie die aktuelle CDU christlich und die SPD sozial sind. Piraten werden sowohl als raubende und mordende Gesetzlose dargestellt wie auch als aufständische Rebellen, die sich gegen verbrecherische Gesetzgeber wenden. Der Begriff „Pirat“ polarisiert. Man kann nicht wirklich neutral zu ihm stehen. Und polarisieren ist genau das, was wir wollen.

Piraten finden Computer und das Netz toll, aber sie lieben die Freiheit!



Piraten sind doch unreife Nerds, die nur hinter dem Computer sitzen!

Aber im Einzelnen: Piraten sitzen oft vor dem Computer. Klar, das stimmt, auch weil viele von uns Jobs haben, die nur (noch) so funktionieren. Wer allerdings denkt, dass alle Piraten Informatiker, System-Administratoren oder Web-Designer sind, liegt ziemlich falsch. Fast alle Berufssparten sind bei uns vertreten: Unternehmer und bekennende Arbeiter, Freie Künstler und Verwaltungswissenschaftler, Sozialarbeiter und Juristen, Kriminologen und Journalisten, um ein paar Beispiele zu nennen.

Und dass wir „nicht hinter dem Computer vorkommen“ kann man dann wirklich behaupten. Kaum eine andere Partei ist so aktiv, wenn es darum geht, Bürger aufzuklären, für unsere Überzeugungen auf die Straße zu gehen und andere Aktionen wie Live Theater, Flash Mobs und Petitionen zu machen. Unzählige Flyer, Transpis, Wiki-Seiten, Artikel und Pressemitteilungen werden dazu von Piraten erstellt, alles ehrenamtlich und in eigener Regie – „Mitmach-Partei“ ist bei uns nicht nur ein Label, sondern pure Realität.

Bleibt noch das „unreif“. Ja, wir sind eine junge Partei, aber vielleicht auch nicht so jung und unerfahren, wie man gemeinhin glaubt. Das Durchschnittsalter der Piraten beträgt aktuell 29 Jahre. Dabei ist die gesamte Bandbreite von 16 bis ins Rentenalter vertreten.

Und übrigens: Im Berliner Landesverband ist jedes 5. Mitglied eine Frau.



Piraten interessieren sich nicht für reale gesellschaftlichen Probleme.

Ganz im Gegenteil! Zuerst mal meinen wir, dass fehlende Transparenz und Mitbestimmungsmöglichkeiten in der Politik Themen sind, die sehr wohl reale Auswirkungen haben, wie man an Stuttgart 21 oder dem gekippten Atomausstieg gerade sehen konnte. Vieles, was heute schief läuft, könnte durch eine breitere Basis von Bürgern, die sich in die Politik einmischen, besser entschieden werden. Und dass dies mehr der Grundidee von Demokratie entsprechen würde, versteht sich von selbst. Seit etwa zwei Jahren arbeiten wir intensiv an der breiten Weiterentwicklung unserer Positionen auf Bundes- wie auf Landesebene. So haben wir im vergangenen Herbst etwa auf dem Bundesparteitag für ein „Recht auf sichere Existenz und gesellschaftliche Teilhabe (ReSET)“ votiert, also ein Grundrecht auf eine unabdingbare Lebensgrundlage für Jeden, der in Deutschland lebt. Unserer Meinung nach stellt dies die einzig sinnvolle Alternative dar, wenn man sich nicht mehr der Illusion einer möglichen Vollbeschäftigung hingeben will. Und dem Problem „Arbeitsmangel“ damit zu begegnen, die betroffenen Menschen verwaltungstechnisch zu drangsalieren, widerspricht nicht nur der Menschen- und Bürgerwürde, sondern bringt außer Kosten auch einfach nichts.

Darüber hinaus beschäftigen wir uns in Berlin mit weiteren Themenfeldern, insbesondere mit Bildung und Wissenschaft, Verwaltungsmodernisierung, Integration und Migration, Geschlechter- und Familienpolitik, Kulturpolitik, Staat/Religion und Suchtpolitik. Grundsätzlich spielt bei all unseren Positionen der Gedanke der größtmöglichen Freiheit des Einzelnen – ohne jedoch die Gesellschaft aus ihrer Verantwortung zu entlassen.

MIMI and EUNICE
[spricht: Me-Me und You-Ness]
CC: Nina Paley



Lass dich nicht veräppeln: Statt Politikverdrossenheit Piraten wählen!